

Starkes Bayern in Europa und der Welt

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Der bayerischen Wirtschaft geht es derzeit so gut wie selten zuvor. Die Konjunktur brummt, doch verschiedene politische Entwicklungen im Ausland sorgen für erhebliche Verunsicherung: In der BIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2017 nannten 43 % der Unternehmen die Instabilität europäischer Mitgliedsländer als Geschäftsrisiko und für 28 % der Unternehmen stellt der weltweit zunehmende Protektionismus eine Belastung dar.

Für die stark außenwirtschaftlich orientierte bayerische Wirtschaft sind derartige Entwicklungen schädlich. Sie verkomplizieren Exportgeschäfte, machen diese risikoreicher und erschweren durch neue Handelsbarrieren die internationale Arbeitsteilung. Von offenen Märkten profitieren alle Länder. Protektionismus und Renationalisierung gefährden hingegen die wirtschaftliche Prosperität aller.

Die bayerische Landespolitik muss angesichts dessen folgende außenwirtschaftliche Maßnahmen angehen:

- Bayern durch internationalen Handel stärken
- Bayerische Außenwirtschaftsförderung ausbauen und effektiver gestalten
- Europa voranbringen und europäischen Binnenmarkt vollenden

Bayern durch internationalen Handel stärken

Die bayerische Wirtschaft ist international stark verflochten. Auf der einen Seite spiegeln Exportüberschüsse mit den USA (2016 betragen sie 9,3 Mrd. Euro), Großbritannien (8,9 Mrd. Euro) und Frankreich (6,1 Mrd. Euro) die Wettbewerbsfähigkeit und Präsenz der bayerischen Unternehmen auf wichtigen internationalen Absatzmärkten wider. Auf der anderen Seite zeigt die Handelsstatistik, dass die bayerische Wirtschaft dabei auf internationale Lieferketten setzt. So werden beispielsweise aus Tschechien (6,8 Mrd. Euro), Ungarn (5,2 Mrd. Euro), und Polen (3,2 Mrd. Euro) mehr Waren importiert als dorthin geliefert werden. Die internationale Arbeitsteilung erhöht die Wettbewerbsfähigkeit von bayerischen Spitzenprodukten auf den Weltmärkten. Gleichzeitig reduziert die weltweite Präsenz der bayerischen Wirtschaft die Abhängigkeit von einzelnen Ländern. Studien des ifo Instituts zeigen, dass Handelshemmnisse weltweit jedoch zuzunehmen und einen Wohlstandsverlust für alle Beteiligten bedeuten. Ein möglichst freier, fairer und mit Blick auf die Partnerländer nachhaltiger Handel liegt im Interesse der Wirtschaft im Freistaat.

Die bayerische Politik muss daher:

- sich klar zum freien, fairen und nachhaltigen Welthandel bekennen und dessen Vorzüge entsprechend in der Öffentlichkeit kommunizieren.
- eine offensive Handelspolitik mit dem Ziel verfolgen, Handels- und Investitionshindernisse weltweit abzubauen, Protektionismus entgegenzuwirken und europäische Werte zu stärken.
- verlässliche globale Handelsregeln und deren Weiterentwicklung über die WTO einfordern.
- auf den Abschluss und die anschließende nationale Ratifizierung moderner Freihandels- und Investitionsschutzverträge der EU hinwirken, welche legitime Kritikpunkte aus der öffentlichen Diskussion aufgreifen und in transparenten und ausgewogenen Regelungen Rechnung tragen, um die breite Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen.

Stimme der Wirtschaft

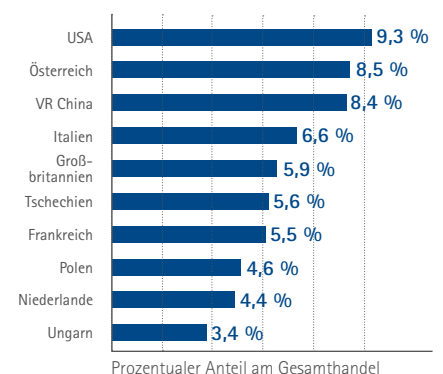
Bayerns wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand hängt entscheidend von den weltweiten Verflechtungen seiner Unternehmen ab. Die neue Staatsregierung muss dafür Sorge tragen, dass diese Aktivitäten durch geeignete Instrumente und Förderungsmaßnahmen weiter ausgebaut werden können.

Stefanie Spinner-König, Geschäftsführerin Spinner GmbH, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Außenwirtschaftsausschusses der IHK für München und Oberbayern

Forderungen

- Vorzüge einer Politik für freien, fairen und nachhaltigen Handel und Investitionen kommunizieren
- Auf Akzeptanz von modernen Freihandelsabkommen in Wirtschaft und breiter Öffentlichkeit hinwirken
- Gegen weltweiten Protektionismus, insbesondere in Europa, vorgehen
- Planungssicherheit für Unternehmen auf beiden Seiten gewährleisten, speziell mit Blick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die intensiven bilateralen Investitionsbeziehungen

Top 10 Handelspartner Bayerns



Bayerische Außenwirtschaftsförderung ausbauen und effektiver gestalten

Viele bayerische Unternehmen sind erfolgreich auf den Weltmärkten tätig. Doch in einem wirtschaftlich zunehmend schwieriger werdenden Umfeld sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen auf Unterstützung bei der Markterschließung und Auftragsabwicklung im Ausland angewiesen. Um den Erfolg mittelständischer Unternehmen als Rückgrat der bayerischen Wirtschaft im Auslandsgeschäft für die Zukunft sicherzustellen, muss die bayerische Außenwirtschaftsförderung weiter ausgebaut werden. Dabei gilt es vor allem:

- das erfolgreiche KMU-Förderinstrument „Go International“ in Zukunft mit ausreichenden finanziellen Mitteln für die jeweils laufende Förderperiode auszustatten.
- beim bayerischen Messebeteiligungsprogramm eine Förderung in allen Ländern sicherzustellen, auch in den EU-Mitgliedstaaten. Dies muss zudem für KMU-relevante Weltleitmesse unabhängig vom Gastland gelten.
- das bayerische Außenwirtschaftszentrum und das Außenwirtschaftsportal als zentrale Anlaufstellen für international aktive Firmen dauerhaft finanziell zu unterstützen.
- das Netz der bayerischen Auslandsrepräsentanz bei gleichzeitiger Schärfung des Aufgabenportfolios zu erweitern und dabei die Zusammenarbeit mit den deutschen Auslandshandelskammern stärker zu fokussieren.
- Delegationsreisen für Unternehmen unter der Leitung der Bayerischen Staatsregierung zur Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte auszubauen.

Europa voranbringen und den europäischen Binnenmarkt vollenden

Die bayerischen Unternehmen und ihre Beschäftigten profitieren von einem einheitlichen Europäischen Binnenmarkt mit offenen Grenzen im Schengenraum und einer gemeinsamen Währung ohne Wechselkursrisiken. Der EU-Binnenmarkt ist nach 25 Jahren aber immer noch nicht vollendet. Dennoch weisen Studien des ifo Instituts Wohlfahrtsgewinne für Bayern von bisher in etwa 1,5 % nach. Zudem ist Bayerns Handel mit anderen EU-Staaten um bis zu 100 % höher als jener mit vergleichbaren Staaten außerhalb der EU. Weitere Wohlfahrtsgewinne sind möglich, wenn vor allem die stark angewachsenen nationalen Barrieren abgebaut und der Binnenmarkt vollendet würden. Die Landespolitik muss sich auf allen Ebenen für bayerische Wirtschaftsinteressen, eine handlungsfähige EU und mehr regionale Zusammenarbeit einsetzen. Im Einzelnen kommt es darauf an:

- die Vorteile des einheitlichen Binnenmarktes stärker in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.
- darauf hinzuwirken, dass die vier Grundfreiheiten freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital im Binnenmarkt vollständig umgesetzt werden.
- die restriktiven bürokratischen Vorgaben sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich des Dienstleistungsverkehrs, abzubauen und die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU zu erleichtern. Dazu sollten mehr regionale Kooperationen ermöglicht und Erleichterungen bei der administrativen Umsetzung eingeführt werden. Bayern sollte Vorreiter sein und z. B. ein einheitliches elektronisches Meldesystem bei der Arbeitnehmerentsendung mit den Nachbarstaaten einführen.
- mit einer starken Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken, die wirtschaftsrelevante Gesetzgebung der EU in Entscheidungsprozessen aktiv zu begleiten und gemeinsam mit dem BIHK bayerische Wirtschaftsinteressen in Brüssel einzubringen.
- ohne zusätzliche Belastungen für die Unternehmen EU-Recht in nationales Recht umzusetzen und Vollzugs- und Kontrolltätigkeiten durch bayerische Behörden auszuüben.

Der zum 30. März 2019 bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU (Brexit) stellt eine direkte Gefährdung für Wachstum und Jobs auch in Bayern dar. Das Vereinigte Königreich und Bayern sind wirtschaftlich sehr eng miteinander verflochten. Mit einem Exportvolumen von 14,9 Milliarden Euro im Jahr 2016 ist es drittgrößter Absatzmarkt für bayerische Produkte. Zugleich haben bayerische Unternehmen im VK rund 22 Milliarden Euro investiert und beschäftigen dort ca. 60.000 Mitarbeiter. Die bayerische Politik sollte daher bei den laufenden Austrittsverhandlungen in Berlin und Brüssel vor allem darauf hinwirken, bestmögliche Rahmenbedingungen gegenseitiger Handels- und Investitionsbeziehungen zu schaffen, flankiert durch mehr Kooperationen auf regionaler und lokaler Ebene.

Ansprechpartner:

Frank Dollendorf  089 5116-0  dollendorf@muenchen.ihk.de

Forderungen



- *Das erfolgreiche bayerische Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung, insbesondere das KMU-Programm „Go International“, mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten*
- *Das bayerische Messebeteiligungsprogramm zur Erschließung von Absatz- und Beschaffungsmärkten ausbauen*
- *Netz der bayerischen Auslandsrepräsentanz erweitern*

Forderungen



- *Die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt durch Abbau von nationalen Barrieren vollenden*
- *EU-Recht möglichst 1:1 in nationales Recht umsetzen und ohne zusätzliche Belastungen der Firmen vollziehen*
- *Bei den Brexit-Verhandlungen bestmögliche Rahmenbedingungen für bayerische Unternehmen sicherstellen*



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter bihk.de/landtagswahl